

Städtische Diskurse um Migration im Wandel

Integration, *diversity* und soziale Bewegungen in München und Berlin

Natalie Bayer

Andrej Holm

Henrik Lebuhn

In der städtischen (Selbst-)Repräsentation von und Bezugnahme auf Migration lassen sich erhebliche Unterschiede innerhalb Deutschlands feststellen. In jedem Fall findet die Bezugnahme höchst selektiv statt, und Migration kommt in städtischen Imagekampagnen und Ausstellungen – wenn überhaupt – vor allem als eine harmonisch erzählte Geschichte vor. Zunehmend sehen Stadtverwaltungen Migration als Ressource für ‚kulturelle Vielfalt‘ und unterwerfen sie damit gleichzeitig einer städteplanerischen Verwertungslogik. Unbequeme Aspekte wie Rassismus werden ebenso ausgeblendet wie von Migrant_innen selbst organisierte Projekte oder migrantischer Widerstand. Für s u b \ u r b a n sprach Henrik Lebuhn mit Natalie Bayer und Andrej Holm über städtische Migrationspolitiken in München und Berlin, über das zunehmend selbstbewusste Auftreten von Migrant_innen als stadtpolitische Akteure und über den zwiespältigen Mythos der ‚sozialen Mischung‘, auf den sich sowohl Investor_innen und Stadtpolitiker_innen als auch Anti-Gentrifizierungs-Bewegungen beziehen.

Henrik Lebuhn: *Natalie, du beschäftigst dich mit der Musealisierung von Migration und forschst zurzeit in München. Außerdem bist auch selbst als Kuratorin tätig. Welche Rolle spielt Migration derzeit für das Bild, das von Städten öffentlich vermittelt wird?*

Natalie Bayer: Seit etwa 2010 können wir im Museumsfeld eine Konjunktur der Migrationsdebatte beobachten. Das spiegelt sich zum Beispiel auf Tagungen wider, in Publikationen oder auch bei verschiedenen Ausstellungs- und Veranstaltungsaktivitäten. Vor allem betrifft dies die Stadt- und Geschichtsmuseen. Auch in der städtischen Repräsentation sind einige Veränderungen zu verzeichnen, zum Teil mit sehr unterschiedlichen Entwicklungen. In Berlin können wir zum Beispiel beobachten, dass Migration und Kultur städteplanerisch inzwischen oft zusammen gedacht werden – etwa bei der Hauptstadtkampagne „Be Berlin – be diverse“, die der Berliner Senat 2008 ins Leben gerufen hat. Außerdem gab es in Berlin gerade zwei Migrationsausstellungen im öffentlichen Raum. 2011 wurden vier auffällige Ausstellungscontainer an verschiedenen Orten zu einer temporären „Route der Migration“ arrangiert. Und 2012 hat sich die Stadt anlässlich ihres 775. Jubiläums als „Stadt der Vielfalt“ mit einer großen plakativen Freilichtausstellung auf dem Berliner Schlossplatz gefeiert. Dabei wurde mit einem begehbaren Stadtplan und Texttafeln zu verschiedenen Orten die

Geschichte der Stadtentwicklung mit Migrationsgeschichten erzählt. In der Dauerausstellung des Märkischen Museums, einem der größten Häuser der Stiftung Stadtmuseum Berlin, wird Migrationsgeschichte dagegen weitgehend ausgeblendet.

HL: *Und in anderen deutschen Städten?*

NB: Dort ist Migration oft überhaupt kein Bestandteil der Selbstrepräsentation, auch wenn die Städte zum Teil einen noch größeren Bevölkerungsanteil mit Migrationshinter-, -vorder-, -beziehungsgrund haben als Berlin und die Migration dort großen Einfluss auf die städtischen Entwicklungen hatte und hat. Beim 850-jährigen Münchner Stadtjubiläum wurde fröhlich das Motto „mia san mia“ in traditionellen Trachtengewändern und Blasmusik und mit Ritterspielen und Phantasiekostümen gepflegt. Migration, ein faktisch bedeutsamer Teil der Stadtentwicklung, kam hier nicht vor. Allerdings hat das kommunale Kulturreferat zwischen 2000 und 2009 drei größere Ausstellungen zu Migration in München veranlasst. Darunter war auch das Projekt „Crossing Munich – Orte, Bilder und Debatten der Migration“ im Jahr 2009, das versucht hat, Münchens politische, soziale und kulturelle Entwicklungen dezidiert aus Perspektive der Migration lesbar zu machen.

HL: *Inwieweit wird dabei auch die deutsche ‚Gastarbeiter_innen‘geschichte thematisiert? Ist das Teil städtischer Selbstrepräsentation?*

NB: Tatsächlich spielen seit einigen wenigen Jahren auch die Jubiläen der Anwerbeabkommen eine Rolle für diese neue Sichtbarkeitspolitik. Zum Beispiel feierten 2011 zum 50-jährigen Jubiläum des türkisch-deutschen Anwerbeabkommens ein paar Städte wie Stuttgart, Köln, München und Berlin die lokale Migrationsgeschichte mit übergreifenden Veranstaltungsprogrammen. Da waren verschiedene Institutionen, Vereine und auch – mehr oder weniger – die jeweiligen Stadtregierungen beteiligt. Auch einige Stadtmuseen und Kulturforen nehmen solche Jubiläen zum Anlass, die Präsenz ehemaliger ‚Gastarbeiter_innen‘ nach jahrzehntelangem Versäumen anzuerkennen. Im Verhältnis zu den Feierlichkeiten der Stadtjubiläen haben wir es aber hier meist mit eher bescheidenen Sonderveranstaltungen zu tun, die auch kaum darauf ausgelegt sind, Migration im städtischen Selbstverständnis zu verankern. Außerdem sind solche Repräsentationen von Migration, die auf staatlich reglementierte Arbeitsmigration Bezug nehmen, auch nicht ganz unproblematisch. Zum einen wird Migration in solchen Erzählungen zu einem zeitlich befristeten Phänomen mit scheinbar klarem Start- und Endpunkt, das vom Staat je nach seinen Bedürfnissen an- und abbestellt werden kann. Andere Dimensionen wie etwa die selbst organisierten Migrationsprojekte, diskursive Kontexte, transnationale Netzwerke und Routen sowie die umfassenden Wirkungen der Migration auf Städte werden ausgeblendet. Zum anderen folgen diese Repräsentationsmodi einem Blickregime, in dem Migration kulturell vor allem nach nationaler Zuordnung sichtbar wird, ohne die Kategorisierungsstrukturen selbst zu problematisieren.

HL: *Andrej, du bist Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität Berlin, beschäftigst dich mit Wohnungspolitik und Gentrifizierung und bist auch in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv. Inwieweit ist in diesem Kontext für dich das Thema Stadt und Migration relevant?*

Andrej Holm: Das Migrationsthema wird in der Stadtsoziologie ja vorrangig als Integrationsproblem behandelt, etwa wenn ein hoher Anteil von Migrant_innen als Indikator für Problemviertel herhalten muss. In den wohnungspolitischen Arbeiten hingegen sind Migrant_innen fast unsichtbar. Nur wenige Studien etwa haben sich mit Fragen der Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe beschäftigt. Auch in meiner eigenen Arbeit gibt es dieses Ungleichgewicht. Der kritischen Auseinandersetzung mit der Art und Weise, wie stadtpolitische Programme mit dem Thema umgehen, stehen nur ganz wenige empirische Studien zur tatsächlichen Benachteiligung von Migrant_innen in Stadtentwicklungsprozessen gegenüber. In der Berliner Initiativenlandschaft hingegen ist einiges in Bewegung gekommen: In Workshops und Veranstaltungen mit migrantischen Beratungsstellen und Interessenverbänden wie dem Türkischen Bund haben wir in den letzten zwei Jahren begonnen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt zu thematisieren. Auch durch den Protest der türkischen Sozialmieter_innen vom Kottbusser Tor in Kreuzberg, die sich mit anderen zu der Initiative Kotti & Co zusammengeschlossen haben, werden Fragen der Migration und der Wohnungsversorgung enger verknüpft als in der Vergangenheit. Am Kottbusser Tor sind Mieten in den geförderten Sozialwohnungen wegen der katastrophalen Förderpolitik Berlins über die sogenannten Bemessungsgrenzen der Kosten der Unterkunft (abgekürzt: KdU) gestiegen. Vielen Mieter_innen droht jetzt der Auszug, weil das Jobcenter nicht länger bereit ist, den hohen Mietpreis zu übernehmen. Vor diesem Hintergrund haben die Bewohner_innen begonnen, sich zu organisieren, und versuchen eine Mietsenkung durchzusetzen. Von Beginn an wurde die Initiative von den türkischen Frauen in den Häusern getragen und repräsentiert. Sowohl in der moralischen Ökonomie der Protestrhetorik (also zum Beispiel „Wir sind Kreuzberg!“) als auch mit der Errichtung eines Protest-*Gecekondu* wird die Migrationsgeschichte nicht nur thematisiert, sondern als Mobilisierungsressource genutzt. *Gecekondu* ist türkisch und bedeutet „über Nacht gebaut“. Nach altem osmanischem Schlüsselrecht wird so das Wohnrecht für den bebauten Ort gesichert. Auch im Kontext der Berliner Stadtentwicklungskonflikte steht das *Gecekondu* vom Kottbusser Tor für die Erkenntnis, dass die Wohnungsfrage nur selbstorganisiert gelöst werden kann.[1]

NB: Ja, Kotti & Co ist ein interessantes Beispiel. Aktuell entstehen auch bei anderen politischen Bewegungen zur Migrationspolitik neue Allianzen aus unterschiedlichen Initiativen und Einzelpersonen. Diese Konstellationen und auch die Themen der Proteste werden in der städtischen Repräsentationspolitik aber gern ausgeblendet. Stattdessen kommt Migration bei den städtischen Imagekampagnen und Ausstellungen – wenn überhaupt – vor allem als eine harmonisch erzählte Geschichte vor. Die unbequemen Aspekte werden ausgeblendet. Sowohl rassistische, Ausschluss schaffende Politiken

als auch die Reaktionen darauf von Akteuren, die politische Forderungen stellen, protestieren, sich querstellen und gesellschaftliche Ressorts aneignen, bleiben meist blinde Flecken der Repräsentation. Ich kenne bis dato nur eine einzige, relativ kleine Museumsausstellung, die migrantische Raumaushandlungspraktiken im Kontext von Stadtentwicklung darstellt: die Ausstellung „ortsgespräche. stadt – migration – geschichte: vom halleschen zum frankfurter tor“ im FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum.

HL: *Ihr habt jetzt beide betont, dass Migrationsgeschichte und -politik in Berlin stark sichtbar sind, in anderen Städten dagegen kaum oder gar nicht zum eigenen Selbstverständnis gehören. Woran könnte das liegen? Inwieweit und warum hat Migration in den Städten jeweils eine andere stadtpolitische Bedeutung?*

AH: In Berlin haben es Kreuzberg und die türkischen Wochenmärkte immerhin in die touristischen Werbebroschüren geschafft. Ansonsten versucht Berlin ja eher, sich als hippe Metropole der Kreativen darzustellen, und zelebriert in diesem Zusammenhang einen ausgeprägten Kosmopolitismus. Auffällig ist dabei, dass die jüngsten Zuwanderungswellen aus den Ländern der EU und Nordamerika in einem völlig anderen Licht dargestellt werden als die traditionellen Arbeitsmigrationen. Würden wir den Medienberichten Glauben schenken, kämen nur coole Leute nach Berlin: spanische Tänzer_innen, dänische Dichter_innen, amerikanische Computerexpert_innen und australische Rockbands. Das Elend der aus Bulgarien kommenden Romafamilien kommt in den Erzählungen des neuen Berlin nur am Rande vor. Und auch der Alltag der türkischen und arabischen Communities in Berlin gerät mehr und mehr zur Folklore der Berichterstattung. Es geht in den Reportagen und Berichten nicht mehr um die türkischen Familien selbst, sondern vor allem darum, wie cool es ist, dass die hippen Kreativen ihre Kartoffeln beim türkischen Gemüsehändler kaufen. Der größte Teil der Berliner Migrationsgeschichte wird dabei auf ein Bühnenbild der aktuellen Zuwanderungen reduziert. Kira Kosnick hat das schon vor ein paar Jahren am Beispiel des Karnevals der Kulturen als Festivalisierung der Diversität gedeutet.

NB: Ich sehe das im Prinzip ähnlich. Gleichzeitig nutzen aber gerade in Berlin doch auch aktivistische Akteure Events im öffentlichen Raum, um so Forderungen, Protest und Kritik zu formulieren. Und selbst wenn zum Beispiel das Berliner Festival gegen Rassismus, ein Event aus migrantisch-aktivistischer Initiative, irgendwann im allgemeinen Festivalkalender und in Touristenguides erscheint, bedeutet das sicherlich keine Depolitisierung. Aber zu Henriks Frage: In der Gegenüberstellung von München und Berlin ist es auffällig, dass das Thema Migration bei zeitgenössischen Berliner Selbstrepräsentationen mit einem Spektrum unterschiedlicher Inhalte und Formate positiv besetzt wird – bei unbequemen Aspekten gegebenenfalls auch mit ‚Reibungsverlusten‘, wie eben bei der eingangs erwähnten Ausstellung „Stadt der Vielfalt“ auf dem Berliner Schlossplatz 2012 oder auch im Rahmen der Neuausrichtung des Maxim-Gorki-Theaters mit der Besetzung von Shermin Langhoff und Jens Hillje. In München sieht es anders aus. Trotz einiger Projekte des städtischen Theaters und des Kulturreferats, die sich

mit Migration und Stadt auseinandergesetzt haben, bekennt sich München in seinen Imagekampagnen höchstens dazu, ein Wirtschaftsstandort mit internationalem Flair zu sein. An dieser Stelle finde ich es aber interessant, zumindest einen kurzen Blick darauf zu werfen, ab wann und wie Migration in München zum Thema wurde. Forschungen zu München zeigen, dass man dort in der Stadtpolitik durchaus schon in den frühen 1970er Jahren ein Bewusstsein dafür hatte, faktisch eine Migrationsstadt zu sein. Darauf musste dann auch politisch reagiert werden. Das schlug sich zum Beispiel im städteplanerischen Konzept der sozialen Mischung nieder. Durch die sogenannte Münchner Mischung sollten Prozesse der räumlichen Segregation vermieden werden. 1974 wurde dann ein Ausländerbeirat geschaffen, der aber zunächst direkt vom Stadtrat einberufen wurde und erst seit 1991 gewählt wird. Gleichzeitig rief die Münchner Politik aber auch immer wieder die sogenannten Grenzen der Aufnahmefähigkeit aus und inszenierte zum Beispiel Anfang der 1990er Jahre alarmistische Szenarios, die der asylrechtlichen Grundgesetzänderung 1992/93 in die Hände spielten.

HL: *Das war in Berlin anders. Hier hat ja Barbara John ab 1981 – damals noch als ‚Ausländerbeauftragte‘ der Stadt – stark auf eine migrantische Selbstorganisation gesetzt, diese lokalstaatlich gefördert und die migrantischen Gruppen dann politisch integriert. Das Modell orientierte sich allerdings eng an der Idee des ethnischen Korporatismus und ist inzwischen einer grundlegenden Kritik unterzogen worden. Justus Uitermark, Ugo Rossi und Henk van Houtum haben das für den Amsterdamer Kontext sehr gut herausgearbeitet.[2] Aber ich vermute, dass diese Art der sogenannten Ausländerpolitik die migrantische Selbstorganisation nicht nur kooptiert, sondern eben durchaus auch gestärkt und ihr eine gewisse Selbstverständlichkeit gegeben hat. In Stadtteilen wie Kreuzberg waren es vermutlich auch die Stadtteilkämpfe der 1960er und 1970er Jahre gegen die damaligen Kahlschlagsanierungsprojekte, die den beteiligten migrantischen Gruppen eine besondere Sichtbarkeit und auch ein starkes Selbstbewusstsein verliehen haben.*

AH: Da bin ich mir nicht so sicher. Ältere türkische Aktivist_innen, die sich noch an die Stadtteilkämpfe der 1970er und 1980er Jahre erinnern, beschreiben eher, dass sie die damaligen Auseinandersetzungen skeptisch beobachteten. Türkische Hausbesetzungen wie am Kottbusser Damm oder auch die deutsch-türkischen Initiativen in der damals besetzten Schokofabrik blieben eher die Ausnahme. Zumindes in der bisherigen Geschichtsschreibung der Häuserkämpfe und dem Programm Behutsame Stadterneuerung in Berlin-Kreuzberg gibt es wenig Hinweise auf eine starke Beteiligung migrantischer Gruppen und Initiativen. Die von dir angesprochene Selbstverständlichkeit der Selbstorganisation gab es aber seit Ende der 1980er im Bereich der antifaschistischen und antirassistischen Bewegungen. Zum Beispiel versuchte die Jugendantifa *Antifascist Gençlik* ganz bewusst, Teile der Kreuzberger Jugendgangs gegen die zunehmende rechte Straßengewalt in Berlin zu mobilisieren. Parallel dazu hat es immer auch die Formen der institutionalisierten Interessenvertretung gegeben, die du ansprichst. Das selbstbewusste Auftreten und der dezidierte Verweis auf die Migrationsgeschichte in den

stadt- und wohnungspolitischen Konflikten ist aus meiner Sicht aber eine neue Entwicklung.

NB: Das sehe ich für München ähnlich. Obwohl sich schon in den 1970ern viele migrantische Vereine neben den großen Wohlfahrtsverbänden zur Beratungs- und Sozialarbeit für Migrant_innen organisierten und meist politisch sehr aktiv waren, wurden sie in die kommunalpolitische Praxis nicht eingebunden. Das geschah erst so richtig mit der Arbeit am Münchner Integrationskonzept. Denn das wurde von der kommunalen Stelle für interkulturelle Arbeit mit zahlreichen Akteuren diskutiert und beraten. Mittlerweile gibt es viele Runde Tische und Arbeitsgruppen, bei denen unterschiedliche Akteure, Initiativen, Vereine, Verbände und Politiker_innen migrationspolitische Programme und Leitlinien diskutieren.

HL: *Wenn man sich mit dem Themenkomplex Stadt und Migration beschäftigt, kommt man kaum um den Integrationsbegriff herum. In der kritischen Migrationsforschung gibt es mittlerweile viele Arbeiten, die den repressiven Charakter dieses Begriffs sehr gut herausarbeiten. Mark Terkessidis hat zum Beispiel in Interkultur gezeigt, dass Integration immer von einem Defizit der sogenannten Anderen ausgeht, das behoben werden muss, bevor diese in die vermeintlich normale Mehrheitsgesellschaft integriert werden können.[3] Inwieweit ist der Begriff für euch wissenschaftlich und (stadt-) politisch relevant? Arbeitet ihr gegen diesen Begriff an oder könnt ihr ihn auch strategisch nutzen oder neu besetzen? Oder ist der Integrationsbegriff eh längst von anderen Konzepten wie diversity abgelöst und geistert nur noch als Zombie durch die Diskurslandschaft?*

NB: Seit 2008 hat München ein Integrationskonzept, das vor allem darauf abzielt, die städtische Verwaltung interkulturell zu öffnen. Für die Maßnahmen und Umsetzung spielen eher Konzepte wie Interkultur und *diversity* eine Rolle. Ich würde sogar sagen, dass selbst der Begriff Integration kaum noch genutzt wird. So ist vielleicht auch eine jüngere kulturpolitische Entwicklung zu erklären: Da die Münchner Migrationsgeschichte von den städtischen Erinnerungsagenturen, also dem Stadtmuseum und -archiv, bisher nicht dokumentiert wurde, hat der Münchner Ausländerbeirat 2009 einen Antrag formuliert, der kommunalpolitisch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Rosa Liste eingereicht und 2013 vom Stadtrat angenommen wurde. Dabei geht es weniger darum, Sonderprogramme für Migrant_innen zu schaffen, sondern vielmehr Migration strukturell als Bestandteil Münchens zu erforschen und zu bearbeiten.

HL: *Ist das in anderen Städten ähnlich?*

NB: Nein, nicht unbedingt. Der Nationale Integrationsplan von 2007 war sehr zentral für die Institutionalisierung der Migrationsdebatten in den deutschen Kulturfeldern. Bei den Museumsaktivitäten tauchen daher immer wieder politische Akteure und Fördertöpfe aus dem Integrationszusammenhang auf. Die entsprechenden Projekte kreisen sehr oft um demokratisch klingende Begriffe wie Integration, Inklusion, Teilhabe, Öffnung und Dialog. In diesem

Zusammenhang konzipieren viele Museen so genannte Partizipationsprojekte, um, so heißt es, „Nicht-Besuchern mit Migrationshintergrund“ den Zugang zum Museum zu erleichtern und ihre „kulturelle Teilhabe [zu] stärken“.[4] Dabei wird Migration fast immer als gesonderte soziale Kategorie verstanden. Im Rahmen der Projektdesigns wird das dann umgesetzt, indem man Projekte mit Gruppen aus sogenannten Problembezirken und mit Jugendlichen macht, die von den Projektmacher_innen per se als bildungs- und kulturfern wahrgenommen werden. Gleichzeitig definiert sich ein Museum damit selbst als geeigneter Ort, um Kultur zu vermitteln. An diesem Punkt überschneiden sich das Museumsfeld und der deutsche Integrationsdiskurs, denn da wird mit einem nationalen Kulturbegriff operiert, der den Erklärungshorizont für das ‚Wesen‘ imaginierter Gemeinschaften mit geopolitisch definierten Grenzen zu anderen ‚Kulturgruppen‘ liefert.

HL: *Also eher ein Nebeneinander unterschiedlicher Konzepte auf unterschiedlichen Feldern, aber keine klare Abkehr vom Integrationsparadigma...*

NB: Ja und nein. Neuerdings wird Migration immer häufiger als ‚kulturelle Vielfalt‘ übersetzt und zum Stichwortgeber, um das ‚Neue Deutschland‘ – so lautet auch der Titel einer Migrationsausstellung, die dieses Jahr im Deutschen Hygienemuseum in Dresden zu sehen ist – vor Ort zu entdecken oder auch Museumssammlungen und -objekte neu zu betrachten. Aber auch diese Debatte ist mit reichlich problematischen Aspekten verbunden und überlagert sich mit Integrationsansätzen, denn dahinter verbirgt sich oft ein kulturalistisches Verständnis von Migration. Trotz der möglicherweise gut gemeinten Sammel- und Ausstellungsprojekte schafft dieser Erzählmodus weiterhin eine fiktive nationale Normalität, in der Migration einen historischen Sonderfall und kulturelle Differenz bedeutet. Insofern finde ich es auch schwer, sämtliche Begriffe im derzeitigen diskursiven Kontext strategisch sinnvoll zu nutzen. Und gleichzeitig finde ich es nicht unerheblich, dass so ein Konzept wie Integration im Migrationsdiskurs eigentlich eine migrantische Forderung war, und zwar zu einer Zeit, in der sich der Staat und ein Großteil der deutsch definierten Bevölkerung in keiner Weise dafür interessierten, ob sich migrantische Arbeiter_innen mit ‚der‘ deutschen Geschichte und Kultur beschäftigen.

AH: In den stadt- und wohnungspolitischen Debatten spielt vor allem der Begriff der ‚sozialen Mischung‘ eine wichtige Rolle. Und auch da verhält es sich durchaus widersprüchlich. Investor_innen und Teile der Stadtpolitik führen ihn ins Feld, um Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse zu legitimieren, weil der Zuzug von Besserverdienenden und von deutschen bildungsbürgerlichen Familien angeblich die Nachbarschaften besser macht. In der Debatte um die Qualität der Schulen ist das Thema noch ausgeprägter. Der sogenannte NDH-Anteil ist für Eltern die entscheidende Währung bei der Wahl der Schule geworden. „NDH“ ist Schulamtsdeutsch und steht für alle Kinder „nicht deutscher Herkunftssprache“. Eine Studie stellte kürzlich fest, dass die Zahl in den Internetprofilen der Berliner Schulen die mit Abstand am häufigsten aufgerufene Information ist. Pädagogische Konzepte: egal. Hort- und Betreuungsangebote: egal. Hauptsache, die ‚Mischung‘ stimmt. Die repressive

Funktion vom Mythos der sozialen Mischung ist eigentlich recht deutlich, aber auch soziale Bewegungen und Anti-Gentrifizierungs-Proteste berufen sich auf die ‚soziale Mischung‘. Sie wollen die Verdrängung von Ärmeren durch den immobilienwirtschaftlichen Aufwertungsdruck verhindern und benutzen vielfach die drohenden Entmischungsszenarien von Armenghettos am Stadtrand als Argument für ihre Mobilisierungen. Das klingt auf den ersten Blick nachvollziehbar, denn tatsächlich wollen viele Kreuzberger Familien, die aus ihren Wohnungen verdrängt werden, nicht in die Großsiedlungen in Spandau oder Marzahn ziehen. Ganz nebenbei und sicher ungewollt wird aber dabei auch der Mythos der sozialen Mischung gemästet, weil nun selbst Teile der Protestbewegungen glauben, soziale Mischung wäre ein erstrebenswertes Ideal. In einer solchen Konstellation ist es nicht immer einfach, die politischen Intentionen hinter der jeweiligen Rhetorik zu erkennen.

NB: Im Mischungskonzept wird ja immer auch die Vorstellung von einer Bevölkerungsregulierung mitverhandelt. Und damit sind immer auch Ideen von Mischungsverhältnissen und Grenzen in das Konzept eingeschrieben. Daher wird mir extrem unbehaglich zumute bei dem Gedanken, dass das in den Kulturfeldern bald auch ein Thema werden könnte, was für die nahe Zukunft durchaus zu befürchten ist.

HL: *In einigen Städten – zum Beispiel in Frankfurt am Main, aber auch in Berlin – ist derzeit eine Stärkung des noch jungen stadtpolitischen Diskurses über Migration als Ressource zu beobachten. Damit wird einerseits der repressive Integrationsbegriff ausgehebelt, weil Migration und Vielfalt darin durchaus positiv besetzt sind. Andererseits ist das ganze aber auch nicht unproblematisch, weil es oft im Kontext von Standortpolitik und ökonomischem Kalkül geschieht. Das Verhältnis zu Migrant_innen bleibt instrumentell: Migration wird zur Ressource für die Stadt und die Migrant_innen nützen der lokalen Wirtschaft. Wie schätzt ihr diesen Trend ein? Eröffnen sich damit möglicherweise neue politische Deutungs- und Handlungsspielräume?*

NB: In der Tat ist das Motto ‚Kulturelle Vielfalt durch Migration‘ neuerdings auch ein Stichwort, Migration als urbane Ressource zu entdecken wie zum Beispiel im Museum Europäischer Kulturen in Berlin. Die Inszenierung folgt – ähnlich wie du es beschreibst – einer städteplanerischen Verwertungslogik, bei der Migrant_innen insbesondere dann sichtbar werden, wenn sie als produktiver Beitrag für die Stadt interpretierbar sind, also zum Beispiel als transnationale Unternehmer_innen. Nicht nur primär ökonomische, sondern auch kulturelle und soziale Aspekte spielen hier eine Rolle. Im dem Ausstellungsbereich, den ich eben erwähnt habe, geht es vor allem um die kulinarische und gastronomische ‚Bereicherung‘, in deren Zentrum die Erfolgsgeschichte der Berliner Dönerindustrie gestellt wird. Das deutet auf ein sehr spezielles Verständnis von sogenannter kultureller Vielfalt hin. In solch einem „Panorama der Vielfalt“ [5] wird Migration als Ressource und als Beitrag für eine weltgewandte Stadt erzählbar und schafft so ein Image, um das Selbstverständnis der Stadt in diesem Sinne zu aktualisieren. Gleichzeitig fallen aber sämtliche unproduktiv erscheinenden Akteure und Prozesse

aus der Sichtbarkeitspolitik heraus, etwa migrantische Verweigerungen gegen Ausschluss und Rassismus. Und darin deckt sich der neuere Repräsentationsmodus auch mit städteplanerischen Programmatiken, bei denen Migration nur sehr punktuell positiv gewertet wird: Zum Beispiel betonen stadtplanerische Akteure, Investor_innen und Unternehmer_innen in München neuerdings die besondere, ‚exotische‘ Atmosphäre des ehemals peripherisierten Münchner Hauptbahnhofviertels – und begleiten damit den massiven Aufwertungsprozess. Raumaneynungspraktiken von Migrant_innen aus Südeuropa in demselben Areal werden dagegen mit Schlagwörtern wie „Bettler-Mafia“, „Armutseinwanderer“ oder „Arbeitsstrich“ skandalisiert und versucht zu sanktionieren. Lokale Projekte und Initiativen von migrantischen Selbstorganisationen scheinen nur dann ideelle oder finanzielle Unterstützung von der Stadt zu bekommen, wenn sie nicht zu widerständig sind und ins Bild des produktiven Unternehmertums integrierbar sind.

AH: Ob sich tatsächlich neue Deutungsspielräume öffnen, vermag ich nicht einzuschätzen. Was ich beobachte, ist, dass Migrant_innen selbstbewusster als noch vor ein paar Jahren ihre Migrationsgeschichte als Ressource in die stadtpolitischen Debatten einbringen. Die Aktiven von der schon kurz angesprochenen Initiative Kotti & Co beispielsweise haben sich ganz explizit gegenüber den Medien und auch in politischen Auseinandersetzungen als „türkische Familien“ präsentiert, die im Zuge ihrer Einwanderungsgeschichte den Bezirk wie keine andere Gruppe geprägt haben, wenn sie beispielsweise sagten: „Wir haben Kreuzberg erst zu dem gemacht, was es heute ist. Und jetzt sollen wir verdrängt werden?“ Diese Art von Selbstrepräsentation ist gerade in den Medien sehr stark und auch positiv aufgegriffen worden. Und auch die politisch Verantwortlichen der regierenden SPD und die Mitarbeiter_innen der zuständigen Senatsverwaltung können die Forderungen nicht einfach an sich abprallen lassen. Jahrelang haben sie öffentlich beklagt, dass es in den vielen schönen Partizipationsprogrammen der Stadt so schwierig sei, die Migrant_innen zu erreichen – und jetzt, wo diese von selbst die Stimme erheben, kann das Gespräch nicht verweigert werden. Sicher auch aufgrund der bevorstehenden Wahlen ist es dem Protest von Kotti & Co gelungen, tatsächlich eine rote Linie der Senatspolitik zu durchbrechen. Zu Beginn des Protestes hieß es: Wir können über alles reden, aber nicht über Geld. Ein halbes Jahr später beschloss die Stadt ein millionenschweres Mietekonzept für Teile des sozialen Wohnungsbaus. Welchen Anteil die Selbstrepräsentationsstrategien als Migrant_innen an dem Teilerfolg hatten, ist aber schwer einzuschätzen.

HL: *Könnt ihr abschließend noch einmal aus eurer eigenen Forschungspraxis berichten: Wie geht ihr mit der Herausforderung partizipativer Forschung um? Habt ihr Strategien und Methoden dafür entwickelt? Wo seht ihr Chancen und wo auch Grenzen? Gerade in den Sozial- und Kulturwissenschaften ist das ja eine hochrelevante Frage: Wie forsche ich, wenn ich Migrant_innen in meiner Praxis nicht einfach zum Forschungsobjekt machen will...*

AH: In meiner Forschungsarbeit versuche ich ja eher die Machtkonstellationen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in den

Blick zu nehmen – das ist erst mal wenig partizipativ. Auch wenn es manchmal anders scheint, verorte ich mich auch nicht als Bewegungsforscher. Städtische Protestbewegungen sind weniger Gegenstand als vielmehr Adressat meiner Arbeit. Da ich selbst in einigen Initiativen aktiv bin, verstehe ich die Unterstützung von Protestbewegungen mit Informationen und fachlichen Einschätzungen als Teil meiner gesellschaftlichen Verantwortung als Sozialwissenschaftler. In den Bewegungsdiskursen selbst freue ich mich über die Selbstermächtigung migrantischer Gruppen im Feld der Stadt- und Wohnungspolitik und sehe ihre Einmischung als wichtigen Teil der Repolitisierung der Stadtpolitik an.

NB: Die Idee des partizipativen Forschens rekurriert sehr stark auf die Debatten um die sogenannte Krise der Repräsentation in den 1970er Jahren, die unterschiedliche Wirkungen hatte. In diesem Zusammenhang wurde die Situierung des forschenden Handelns im Verhältnis zu den ‚Forschungsobjekten‘ vermehrt zum Analysegegenstand. Damit einher gingen dann auch Aufforderungen, die wissenschaftliche Praxis neu zu denken, also zum Beispiel mit partizipativen, involvierten und handlungsorientierten Forschungs- und Repräsentationspraxen, sozusagen im Dienst der ‚Beforschten‘. Aber hierbei zeigte sich, dass Partizipation ein komplexes Projekt ist. Es zielt auf Augenhöhe ab, aber es ermächtigt die ‚Partizipierten‘ häufig nicht unbedingt dazu, als Sprecher_innen gehört zu werden. In den ethnologischen Fächern bewirkte die Repräsentationskrise auch Neuansätze, Minorisierung nicht mehr als solche festzuschreiben, sondern vor dem Hintergrund von Machtdiskursen zu untersuchen und den Forschungsgegenstand von der Praxis der Untersuchten her zu konzeptualisieren. Ich würde sagen, dass ich eher solch einem Ansatz folge, da die Perspektive der Migration Ausgangspunkt für mein gesamtes Forschungsprojekt ist. Unter anderem durch den Forschungsverlauf arbeite ich mit einigen Initiativen und Organisationen eng zusammen, die eine selbstbestimmte Repräsentation in Kulturfeldern einfordern. Und hier möchte ich meine Forschung als einen Beitrag dazu verstehen, Handlungsräume und Veränderungen der musealen Praxis zu schaffen. Denn die Frage, wer sich wie in die repräsentierten Erzählungen mit einschreiben kann, ist umkämpft und politisch.

HL: *Natalie und Andrej – ich danke euch für das Gespräch und wünsche euch noch viel Erfolg bei eurer Arbeit.*

Interview und redaktionelle Überarbeitung: Henrik Lebuhn

Endnoten

- [1] Vgl. Kotti & Co 2014.
- [2] Vgl. Uitermark et al 2005.
- [3] Vgl. Terkessidis 2010.
- [4] http://www.museumsbund.de/de/projekte/museum_und_migration/alle_welt_im_museum/ (letzter Zugriff am 22.9.2014).
- [5] Vgl. Rodatz 2012.

Beteiligte

Natalie Bayer ist Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin. Ihre Themenschwerpunkte sind Repräsentation, Migration und Kulturinstitutionen.
n@nataliebayer.com

Andrej Holm ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Gentrifizierung, Wohnungspolitik und städtischen Protestbewegungen.
a.holm@sowi.hu-berlin.de

Henrik Lebuhn ist Sozialwissenschaftler und arbeitet u.a. zu Migration, Grenzregimen, partizipativer Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen.
henrik.lebuhn@sowi.hu-berlin.de

Literatur

- Kotti & Co (2014): Kotti & Co und das Recht auf Stadt. In: Holm, Andrej (Hg.): Reclaim Berlin. Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt. Berlin/Hamburg: Assoziation A, 343-354.
- Uitermark, Justus / Rossi, Ugo / van Houtum, Henk (2005): Reinventing multiculturalism. Urban citizenship and the negotiation of ethnic diversity in Amsterdam. In: International Journal of Urban and Regional Research 29/3, 622-640.
- Rodatz, Mathias (2012): Produktive „Parallelgesellschaften“. Migration und Ordnung in der (neoliberalen) „Stadt der Vielfalt“. In: Behemoth – A Journal on Civilization 5/1, 70-103.
- Terkessidis, Mark (2010): Interkultur. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

